



Presseschau vom 03.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Robert Bridge: Wann wurde jemals ein westlicher Athlet gesperrt, weil sein Land einen Krieg begann?

Eine der ungeschriebenen Regeln menschlicher Angelegenheiten sollte lauten, dass niemals Bürger persönlich für die Handlungen ihrer Staaten haften müssen. Diese Anstandsregel wurde oft genug ignoriert und nun komplett über Bord geworfen, als Russland seine Militäroperation in der Ukraine begonnen hatte. Die Verbannung russischer Athleten reißt ein riesiges Potential aus der Welt des Sports. ...

<https://kurz.rt.com/2y4u> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Baerbock: Ist sie so oder tut sie nur so?

Die Bundesaußenministerin tut, als könne sie kein Wässerchen trüben und müsse noch unter Welpenschutz gestellt werden. Aber was sie tut, ist brandgefährlich und keinesfalls im Interesse Deutschlands. Annalena Baerbock ist ein Rätsel, das wir uns nicht leisten können.

...

<https://kurz.rt.com/2y54> bzw. [hier](#)

Désirée Stella Lambert: Melnyk bezeichnet Scholz als "beleidigte Leberwurst" – Darf ein Botschafter sowas?

Bundeskanzler Olaf Scholz schließt eine Reise nach Kiew vorerst aus – die Ausladung des deutschen Bundespräsidenten stehe dem im Weg. Der ukrainische Botschafter Andrei Melnyk betitelt ihn nun als "beleidigte Leberwurst". Es ist nicht das erste Mal, dass der Diplomat Akteure seines Gastlandes brüskiert. ...

<https://kurz.rt.com/2y68> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

2:30 (1:30) rusvesna.su: Die Tschechische Republik weigerte sich, russisches Gas in Rubel zu bezahlen

Die Tschechische Republik hat nicht die Absicht, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, und ist auch bereit, unter bestimmten Bedingungen den Kauf von russischem Öl bis Ende dieses Jahres zu verweigern. Dies erklärte der Minister für Industrie und Handel der Tschechischen Republik, Josef Sikela.

„Die Tschechische Republik beabsichtigt, Gas weiterhin in Euro zu bezahlen, zumal wir das meiste an westeuropäischen Börsen kaufen. Das einzige tschechische Unternehmen, das Gas direkt von der Russischen Föderation kauft, ist das Energieunternehmen ČEZ, das in Euro zahlt und weiter zahlen wird“, sagte er nach einem Treffen der für Energiefragen zuständigen EU-Minister in Brüssel.

Laut Sikela ist die Tschechische Republik bereit, den Vorschlag zu unterstützen, den Kauf von Öl aus Russland durch die EU-Länder bis Ende 2022 einzustellen, wenn Pläne für den gemeinsamen Kauf von Energierohstoffen umgesetzt werden und die EU über bestimmte Reserven verfügt.

„Wenn das Prinzip funktioniert, dass wir diesen Schmerz fair teilen, dann kann ich mir vorstellen, dass wir diese Sanktionen mittragen. Die Tschechische Republik würde den Vorschlag unterstützen, Öl aus der Russischen Föderation bis Ende dieses Jahres auslaufen zu lassen, wenn die geplanten gemeinsamen Energieeinkäufe durchgeführt werden und die EU über Reserven verfügt, die mögliche Engpässe auf dem europäischen Markt decken würden.“

schloss Sikela.

vormittags:

8:33 (7:33) rusvesna.su: **Estland will Grenzen zu Russland revidieren**

Heute, am 3. Mai, wird das estnische Parlament einen Vorschlag prüfen, die Unterschrift unter dem Land- und Seegrenzenabkommen mit der Russischen Föderation zurückzuziehen. Der Vorschlag kam von der Konservativen Volkspartei, und der Vertrag selbst wurde am 18. Februar 2014 unterzeichnet.

Die Abgeordneten begründeten diesen Schritt mit Moskaus "ideologischen und politischen Angriffen" auf Tallinn.

Vor allem aber wurden mehr als fünf Prozent des estnischen Territoriums als durch Russland „besetzt“ bezeichnet.

Sie glauben, dass der Abschluss eines neuen Grenzabkommens unter Berücksichtigung des Friedensvertrags von Tartu von 1920 es Tallinn ermöglichen würde, eine Entschädigung für die Gebiete zu erhalten, die ihm in der Zwischenkriegszeit gehörten.

„Dieser Schritt (Rückzug der Unterschrift, - Red.) würde es Russland ermöglichen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und die Fortsetzung des Friedensvertrags von Tartu als Ausgangspunkt für eine weitere Regelung zu nehmen“, heißt es in dem Dokument.

Aktueller Zustand

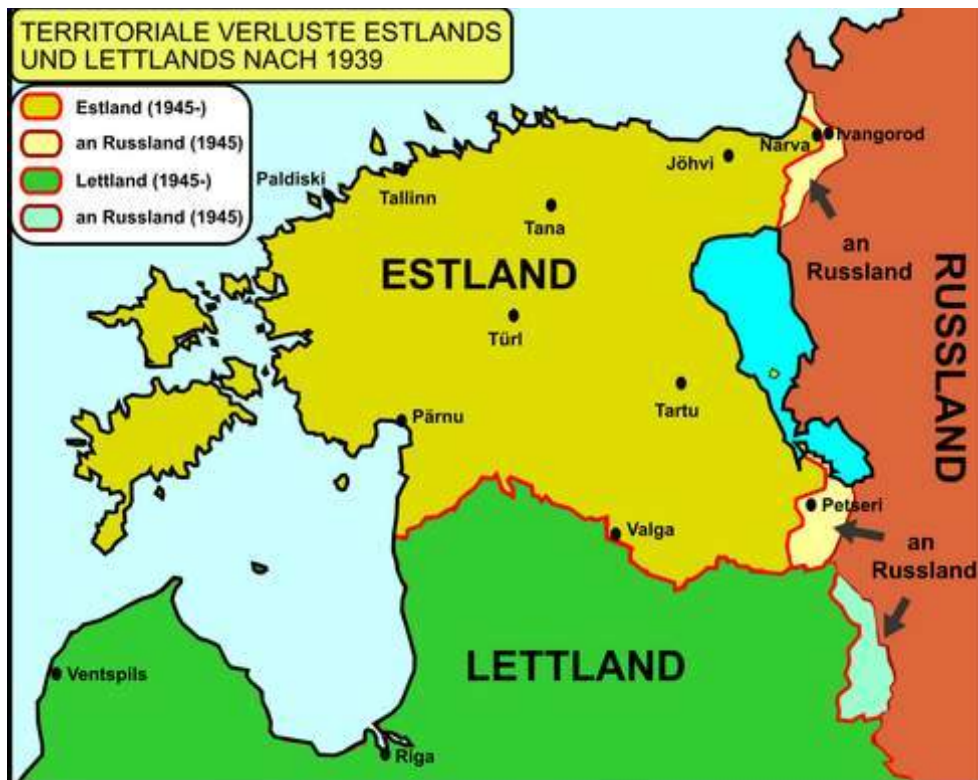
Tatsache ist, dass es keine gesetzlich festgeschriebene Grenze zwischen Russland und Estland gibt. 2005 wurde der Grenzvertrag in Moskau unterzeichnet, aber als er ratifiziert wurde, fügte die estnische Seite plötzlich in die Präambel einen Hinweis auf die Wirksamkeit des Friedensvertrags von Tartu ein, auf dessen Grundlage die Vorkriegsgrenze verlief.

Das offizielle Moskau betrachtete diesen Schritt vernünftigerweise als einen aufgeschobenen Versuch Tallinns, das Recht auf künftige Gebietsansprüche abzustecken, und zog seine Unterschrift zurück.

Was ist der Vertrag von Tartu

Es wurde am 2. Februar 1920 abgeschlossen, als Sowjetrussland als erster Staat der Welt die Unabhängigkeit Estlands anerkannte. Das Dokument legte die Linie der Staatsgrenze zwischen den beiden Ländern fest. Im Rahmen des Vertrags ging ein Teil der Provinz Pskow (die sogenannte Region Petschora, jetzt der Bezirk Petschora der Region Pskow in Russland), [Gebiete](#) am rechten Ufer des Flusses Narova (Narva, jetzt das Gebiet in der Region Leningrad) an Estland. 1944 fielen diese Gebiete an die RSFSR zurück.

Die Position Russlands ist es, dass der Vertrag von Tartu 1940 seine Rechtskraft verlor, nachdem Estland Teil der UdSSR wurde.



<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/48/BalticStatesBorders-de.svg/1280px-BalticStatesBorders-de.svg.png>

(Bild: wikipedia.org)

8:00 de.rt.com: **Medienbericht: EU will Importe aus Russland durch afrikanisches Gas ersetzen**

Die EU werde sich um eine verstärkte Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern bemühen, um Gasimporte aus Russland zu ersetzen. Dies hat die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf einen Entwurf eines EU-Dokuments berichtet. In dem Bericht der Nachrichtenagentur heißt es:

"Länder in Afrika, insbesondere im westlichen Teil des Kontinents, wie Nigeria, Senegal und Angola, bieten ein ungenutztes Potenzial für verflüssigtes Erdgas."

Die EU plane außerdem die Unterzeichnung einer Absichtserklärung mit Ägypten und Israel, um die LNG-Lieferungen nach Europa bis zum Sommer zu steigern. Darüber hinaus plane die EU, die Verdopplung der Kapazität des südlichen Gaskorridors, durch den Gas aus Aserbaidschan transportiert wird, auf 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu unterstützen. Die Europäische Kommission wolle noch in diesem Monat ein Dokument zur "externen Energiezusammenarbeit" verabschieden, so Bloomberg.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270c4fe48fbef413e06073a.jpg>

9:18 (8:18) novorosinform.org: **Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation enttarnte die Entwickler von biologischen Waffen in der Ukraine**

Vertreter des US-Verteidigungsministeriums seien mit militärisch-biologischen Aktivitäten in der Ukraine verbunden, sagte Alexander Bastrykin, Vorsitzender des russischen Untersuchungsausschusses.

Die Ermittler des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation haben einen Kreis von Personen ermittelt, die mit der Entwicklung biologischer Waffen und der Schaffung geheimer biologischer Labors auf dem Territorium der Ukraine in Verbindung stehen.

Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika nahmen an dieser Aktivität am aktivsten teil, sagte Alexander Bastrykin in einem Interview mit RT.

„Die Analyse der erhaltenen Dokumente hat es ermöglicht, den Personenkreis, der mit militärisch-biologischen Aktivitäten in der Ukraine in Verbindung steht, einschließlich Vertreter des US-Verteidigungsministeriums und amerikanischer Auftragnehmer, eindeutig zu identifizieren“, sagte er.

Seit 2005 wird in der Ukraine an amerikanischen militärbiologischen Programmen gearbeitet, für diese Zwecke hat Washington mindestens 224 Millionen Dollar bereitgestellt, etwa 30 wissenschaftliche Einrichtungen im Land wurden für die Bedürfnisse der US- und ukrainischen Militärabteilungen modernisiert, stellte Bastrykin fest.

Vor dem Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands seien die Ergebnisse der geheimen Recherchen „in die von Kiew kontrollierten Gebiete“ gesandt worden, schloss der Leiter des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass der Sohn des US-Präsidenten Hunter Biden an der Finanzierung der Entwicklung biologischer Waffen in der Ukraine beteiligt gewesen sei.



https://www.novorosinform.org/content/images/38/53/43853_720x405.jpg

8:30 de.rt.com: **Borrell: Weitere russische Banken könnten von SWIFT abgeschnitten werden**

EU-Chefdiplomat Josep Borrell hat angekündigt, dass weitere russische Banken von SWIFT abgeschnitten werden sollen. Dies sagte er vor Journalisten während eines Besuchs in Lateinamerika, berichtete der venezolanische Sender VPI.

Der Politiker gab nicht an, welche Finanzinstitute unter die neuen Beschränkungen fallen werden. Zugleich sagte Borrell:

"Im Finanzsektor werden weitere russische Banken vom SWIFT-System abgeschnitten werden. Ich kann Ihnen nicht sagen, welche es sind, aber sie werden es sein. Und im Energiesektor sind wir auf der Suche nach Maßnahmen, die die russischen Ölimporte erheblich beeinträchtigen würden."

Seit dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine hat die EU fünf Sanktionspakete gegen Einzelpersonen, Organisationen, den Finanz- und den Energiesektor Russlands verabschiedet. Ein sechstes ist derzeit in der Diskussion.

Die Finanzsanktionen haben sich insbesondere auf die Reserven der russischen Zentralbank ausgewirkt und dazu geführt, dass sieben russische Banken vom SWIFT-System abgekoppelt wurden.

Der Kreml bezeichnete die neuen Sanktionen als Wirtschaftskrieg, betonte aber, dass er auf eine solche Entwicklung vorbereitet sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270c998b480cc49dd420f7b.jpg>

wpered.su: **Wenn wir unsere Kräfte vereinen, werden wir neue Siege erringen**

Der Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen, der 1. Mai, ist einer der beliebtesten

und bedeutsamsten Feiertage im proletarischen Donbass. Nur durch gemeinsame Anstrengungen, mit Solidarität bei der Arbeit und wenn nötig auch im Kampf kann man das gesetzte Ziel erreichen, den Sieg erringen. An diesem Feiertag gehen die Einwohner der Donezker Volksrepublik zu den Denkmälern für W.I. Lenin, um ihren Willen zu gemeinsamen Aktionen zu unterstreichen, die Erfahrung der Solidarität der Werktätigen im Kampf für ihre Recht von Generation zu Generation weiterzugeben.

Der 1. Mai 2022 fiel in eine alarmierende Zeit. Donezk und viele Städte der Republik befinden sich unter ständigem Beschuss von Seiten der ukrainischen Neonazis, die von Instrukteuren und Söldnern aus NATO-Ländern gelenkt werden. Die zivilen und militärischen Behörden empfehlen den Einwohnern nicht, sich in Gruppen zu versammeln, um nicht zur Zielscheibe des Beschusses von Seiten der ukrainischen Truppen zu werden. Deswegen kamen auf den Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei der DVR, zur Blumenniederlegung auf den zentralen Platz von Donezk zu kommen, nur Vertreter von Bezirksorganisationen der KP der DVR, des Komsomol, der Internationalen Union Sowjetischer Offiziere, des Frauenverbands „Nadeshda Donbassa“, des Republikanischen Rats der Veteranen, Vertreter der Organisationen, die zur Volkspatriotischen Union des Donbass gehören. An diesem Tag kamen auch einige ausländische Korrespondenten auf den Platz, die über den Kampf der Völker der DVR und Russlands zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine berichten. Rote Fahnen der UdSSR, die Fahne des Sieges, Fahnen der Kommunistischen Partei der DVR, der KPRF, der SKP-KPSS, des Komsomol der DVR, des Frauenverbands „Nadeshda Donbassa“ wehten im leichten Frühlingswind über dem Platz. Die ausländischen Gäste, die sich der Gruppe anschlossen, um Blumen niederzulegen, hielten Fahnen des befreundeten Syriens, Venezuelas, der Deutschen Kommunistischen Partei. Unter den Klängen sowjetischer Lieder zum 1. Mai, die über den Platz klangen, ging die internationale Feiertagsgruppe über den ganzen zentralen Platz zum Denkmal des Führers des Weltproletariats. Nach der Niederlegung von Blumen sprach der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow zu den auf dem Leninplatz anwesenden. Glückwünsche zum 1. Mai und Wünsche für einen möglichst schnellen Sieg überbrachte den Anwesenden bei der Niederlegung von Blumen der Vorsitzende des Republikanischen Rate der Veteranen N.W. Stefan. Der Arbeiter einer Großbäckerei, der Sekretär einer Bezirksparteiorganisation I.Ju. Kalmykow berichtete über die angespannte Arbeit seines Unternehmens und die Initiative der Bäckereiarbeiter, einen Teil ihres Lohns als Hilfe an verletzte Soldaten, die unsere Republik verteidigen, zu geben. Boris Litwinow überreichte I.Ju. Kalmykow eine Gedenkmedaille des ZK der KPRF „Aus Anlass des 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR“.

Eine Studentin einer der Hochschulen von Donezk, die Aktivistin der Freiwilligenbewegung zur Hilfeleistung für von den Kampfhandlungen Betroffene, Jewgenija Danilowa, gratulierte den Anwesenden im Namen der jungen Generation zum Feiertag. Sie wandte sich an die Jugend, dem Beispiel der älteren Generation zu folgen, stolz die Bezeichnung eines Bürger der Donezker Volksrepublik zu tragen, dem Weg der sozialen Gerechtigkeit, der Einheit der Brudervölker, der Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt im Kampf für ihre Rechte treu zu sein.

Der Vorsitzende der Donezker Kommunisten B.A. Litwinow verlas auf dem Platz Glückwünsche zum 1. Mai, die von herausragenden russischen Staatsmännern, dem Vorsitzenden des ZK der KPRF, dem Vorsitzenden der Fraktion der KPRF in der Staatsduma Russlands, Gennadij Andrejewitsch Sjuganow, sowie von Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew, dem Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF, dem Sekretär des ZK der KPRF, dem Abgeordneten der Staatsduma Russlands und großem Freund des ganzen Volks der DVR. Die Glückwünsche von G.A. Sjuganow und K.K. Tajsajew wurden mit tosenden Applaus aller auf der Festveranstaltungen Anwesenden begrüßt. Mit einem Gefühl tiefer Dankbarkeit nahmen die Vertreter der Donezker Öffentlichkeit die Glückwünsche an das Volk der DVR von Seiten

des ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsversammlung (Il Tumen) der Republik Sacha (Jakutien), des Vorsitzenden des Jakutsker Republikkomitees der KPRF Wiktor Nikolajewitsch Gubarjew, der Vorsitzenden der Moskau Regionalorganisation und der Moskauer Stadtorganisation des Allrussischen Frauenverbands „Nadeshda Rossii“ M.G. Puschkina und Ju.B. Michajlowa entgegen. Warme und gute Wünsche an das Volk der DVR und das linkspatriotische Aktiv der Republik gingen von der Interbrigade des Moskauer Stadtkomitees der KPRF, von Kommunisten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal, vom ZK des Komsomol Tadshikistans und vielen anderen Organisationen ein, die den gerechten Kampf gegen die „weltweite Seuche des Neonazismus“ unterstützen. Zum Abschluss der 1. Mai-Aktion zur Niederlegung von Blumen am Denkmal für W.I. Lenin, die in eine Kundgebung übergegangen war, sagen alle Aktionsteilnehmer die Internationale. Nach Abschluss der Festveranstaltung waren der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow und einige Aktionsteilnehmer in einem der Truppenteile an der Front im Gebiet von Marjinka. An die Militärabteilung wurden Medikamente und notwendige Sachen übergeben. Bei dem Gespräch antwortete der Vorsitzende der Kommunisten der DVR den Soldaten auf eine Reihe von aktuellen Fragen, nahm Bitten und Wünsche für deren weitere Lösung auf. Die Soldaten der Volksmiliz der DVR übermittelten gute Wünsche an alle Organisatoren und Teilnehmer der Maiveranstaltungen, erzählten von ihrer militärischen Arbeit zur Befreiung der Republik von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung von Genossen, von Freundschaft, die durch ein gemeinsames Ziel – den Sieg über den Neonazismus und die Vereinigung der Brudervölker in einer einheitlichen Union - gefestigt wird. Veranstaltungen zum 1. Mai, die von Stadt- und Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei der DVR organisiert wurden, fanden in Gorlowka, Sneshnoje, Tores, Schachtjorsk, Amwrosiewka und anderen Ortschaften der DVR statt.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/05/20220503_072826.png

9:00 de.rt.com: **Ukraine-Botschafter Melnyk: Scholz spielt "beleidigte Leberwurst"**

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk hat das vorläufige Nein von Bundeskanzler Olaf Scholz zu einer Kiew-Reise kritisiert. Melnyk sagte:

"Eine beleidigte Leberwurst zu spielen klingt nicht sehr staatsmännisch. Es geht um den brutalsten Vernichtungskrieg seit dem Nazi-Überfall auf die Ukraine, es ist kein Kindergarten."

Scholz und sein Kabinett kommen an diesem Dienstag zu einer zweitägigen Klausurtagung zusammen, um über den Ukraine-Krieg und dessen Folgen zu sprechen.

Der SPD-Kanzler hatte am Montagabend im ZDF gesagt, die Ausladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier durch die Ukraine stehe seiner Reise im Weg. Steinmeier wollte Mitte April eigentlich zusammen mit den Staatsefs von Polen, Lettland, Estland und Litauen nach Kiew fahren, erhielt aber kurzfristig eine Absage. Scholz sagte dazu:

"Es kann nicht funktionieren, dass man von einem Land, das so viel militärische Hilfe, so viel finanzielle Hilfe leistet, das gebraucht wird, wenn es um die Sicherheitsgarantien geht, die für die Zeit der Ukraine in der Zukunft wichtig sind, dass man dann sagt, der Präsident kann aber nicht kommen."

CDU-Chef Friedrich Merz und der Linken-Außenpolitiker Gregor Gysi hatten zuletzt Reisen in die Ukraine angekündigt. Als erstes Regierungsmitglied kündigte zudem Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Pläne für eine Reise in die ukrainische Hauptstadt Kiew an – jedoch noch ohne konkreten Zeitpunkt.

Melnyk sagte, der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij würde sich weiterhin freuen, Scholz in Kiew empfangen zu dürfen. Er fügte aber hinzu:

"Worauf sich die Ukraine viel mehr als auf alle symbolischen Besuche freuen würde, ist, dass die Ampel-Regierung den Antrag des Bundestages über die Lieferung von schweren Waffen zügig umsetzen wird und die bisherigen Zusagen erfüllt."

Er kritisierte, dass für die versprochenen Gepard-Flugabwehrpanzer noch immer keine Munition gefunden worden sei.

Scholz wies den Vorwurf der Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine etwa mit schweren Waffen zurück. Er sagte:

"Ich habe immer schnell entschieden, zusammen mit allen anderen, mich mit den Verbündeten abgestimmt. Aber mein Kurs ist schon, dass wir besonnen und mit klarem Verstand handeln."

Scholz versicherte auch, es werde keine unmittelbare Beteiligung der NATO an dem Krieg geben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270d04848fbef3e20628a26.jpg>

9:30 de.rt.com: **Ungarns Außenminister: Aufhebung der Sanktionen gegen russisches Öl ist eine Frage der Energiesicherheit Ungarns**

Ungarns Ablehnung der antirussischen Öl- und Gassanktionen ist keine politische Entscheidung, sondern wird von den Interessen des Schutzes der Energiesicherheit des Landes diktiert. Dies erklärte der ungarische Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen und auswärtige Angelegenheiten Péter Szijjártó. Er sagte:

"Wir haben für jedes Sanktionspaket der Europäischen Union gestimmt, und trotzdem werden wir immer wieder von der EU zu Unrecht gerügt. Es läuft darauf hinaus, dass wir ganz offen sagen, dass die Gewährleistung der Energiesicherheit des Landes konkrete Schritte unsererseits erfordert. Deshalb stimmen wir nicht für Sanktionen, die die Lieferung von Gas und Öl aus Russland nach Ungarn einschränken würden. Dies ist keine politische Entscheidung ... Es geht hier eindeutig um die Energiesicherheit unseres Landes."

Er fügte hinzu, dass das reibungslose Funktionieren der ungarischen Wirtschaft derzeit ohne russisches Öl nicht gewährleistet werden kann. Szijjártó bemerkte:

"Aus Russland kommen 65 Prozent des Öls durch die Druschba-Pipeline ... Wir haben keine andere Alternative, die uns mit der benötigten Menge an Öl versorgen könnte."

Der ungarische Außenminister sagte weiter:

"Es ist uns egal, was die Menschen im Osten oder im Westen von uns denken, eines ist uns wichtig – wir wollen die Energieversorgung Ungarns sicherstellen. Das darf nicht in Frage gestellt werden. Niemand kann von uns erwarten, dass wir das ungarische Volk den Preis für den Konflikt in der Ukraine zahlen lassen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270d937b480cc4a2b33009d.jpg>

10:44 (9:44) novorosinform.org: **"Das ist die Hölle": Ein gefangener Brite sprach über die Gräueltaten der Söldner in der Ukraine**

Auf der Seite der Streitkräfte der Ukraine kämpfen Ausländer, die Kampferfahrung in allen Ecken der Welt haben, sagte der britische Söldner Andrew Hill.

Vor seiner Reise in die Ukraine diente Andrew Hill in der britischen Armee und kämpfte in Afghanistan. Der Militärausbilder mit Kampferfahrung kämpfte zusammen mit einer Gruppe Ausländer gegen die alliierten Streitkräfte der Russischen Föderation und der LVNR. Einige von ihnen wurden eliminiert, Hill legte seine Waffen nieder und ergab sich. Seine Aussage wurde vom Militärkorrespondenten Andrej Rudenko in dessen Telegram-Kanal [veröffentlicht](#). „Als ich in der Ukraine ankam, wurde mir klar, dass dies eine echte Hölle ist. Ich traf viele ausländische Söldner, die Kampferfahrung in allen Ecken der Welt hatten. Um des Geldes willen sind sie bereit, jeden Befehl auszuführen. Sie sind schlechte Menschen und Sadisten. Sie ziehen nicht nur des Geldes wegen in den Krieg, sondern auch, weil sie Spaß daran haben“, sagte Andrew Hill.

Ihm zufolge verstehen viele Söldner weder Ukrainisch noch Russisch, deshalb töten und verstümmeln sie jeden wahllos.

"Ausländische Söldner foltern auch russische Militärs und pro-russische Aktivisten. Sie schneiden ihnen die Finger ab und foltern sie. Die Militär werden schwer geschlagen, man lässt sie hungern und dursten. Ich habe noch nie zuvor eine solche Grausamkeit gesehen", gab der Brite zu.

Er fügte hinzu, dass die meisten Söldner die Nazi-Ideologie unterstützten. Sie trugen stolz Hakenkreuz-Tattoos.

„Leider landete ich auf der Seite dieser schrecklichen Menschen und wurde unwissentlich zum Komplizen ihrer Kriegsverbrechen“, sagt Hill.

Nach Angaben des gefangenen Briten gesteht er seine Fehler ein, hofft auf die Großzügigkeit der Bewohner der DVR und darauf, dass er nach Hause zurückkehren darf. Andrew Hill forderte auch alle ausländischen Söldner auf, ihre Verträge sofort zu kündigen und die Ukraine zu verlassen.



https://www.novorosinform.org/content/images/38/55/43855_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 3.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **2 Zivilisten verletzt**. 9 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 54 ukrainische Nationalisten, 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Schützenpanzer und einen Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Die ukrainischen Nationalisten setzen den Terror und das Genozid gegen die Zivilbevölkerung auf dem zeitweilig von ihren kontrollierten Territorium fort.

Nach Informationen von Einwohnern von Tschassow Jar wurde uns bekannt, dass ukrainische Nationalisten auf dem Gelände eines ehemaligen Kombinats für feuerbeständige Materialien **sechs Zivilisten, die von Kämpfern festgenommen worden waren, gefoltert und erschossen** haben.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie verdeckt Fotos oder Videos der Fälle aufzunehmen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ werden die genannten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der ganzen Härte des Gesetzes verwendet werden.

10:15 de.rt.com: **Russlands Ex-Präsident Medwedew: Selenskij braucht "keinen Friedensvertrag"**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij brauche keine Friedensregelung. Davon ist der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew überzeugt. In seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Selenskij braucht kein Friedensabkommen. Für ihn ist der Frieden das Ende."

Dieses Ende, so Medwedew, könnte "entweder ein schnelles sein – durch die Nazis, die ihn an einem Strick für die Kollusion mit den 'Moskals' hängen werden, oder ein langsames – durch seine Rivalen, die seine Absetzung als einen Präsidenten erreichen werden, der den Krieg verloren hat". Er wies darauf hin, dass "dies auch von den verschiedenen Idioten um ihn herum bestätigt wird, die lauthals verkünden, dass es keinen Friedensvertrag geben wird".

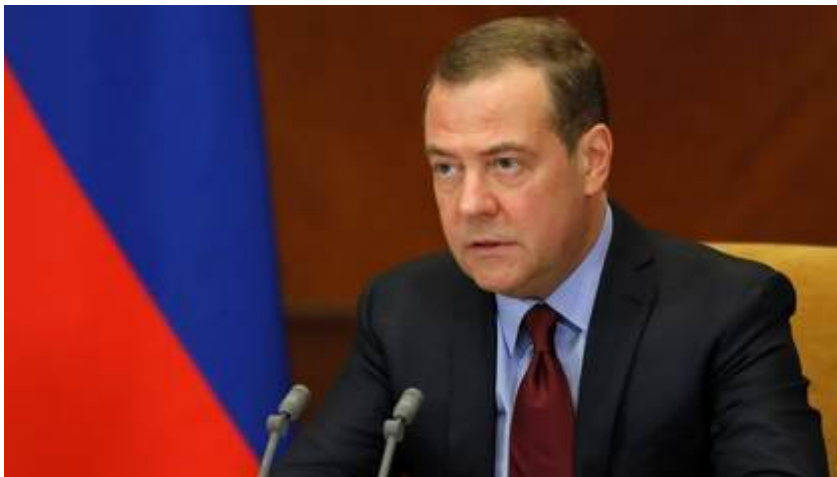
Medwedew fügte hinzu:

"Selenskij wird also weiterhin um Geld und Waffen aus dem Westen betteln, um zu beweisen, dass er im Spiel ist, dass er die Hoffnung der liberalen Welt ist, dass er die letzte Bastion der europäischen Demokratie ist, die 'der Bär in der Wattejacke' zerreißen will."

Er merkte an, dass Selenskij auf diese Weise "die Sorge um die Ukrainer vortäuschen wird, indem er sie regelmäßig als menschliches Schutzschild für die Bandera-Anhänger erscheinen lässt".

Darüber hinaus erwartet Medwedew, dass der ukrainische Präsident weiterhin "gedungene Killer auf russische Journalisten loslässt, sich als harter Liquidator ausgibt, kriminelle Fälschungen über die russische Militäroperation produziert, unzufriedene Bürger als Verbrauchsmaterial benutzt, unrasiert vor der Kamera erscheint und mit vor Aufputzmitteln brennenden Augen Unsinn redet". Medwedew schrieb abschließend:

"Es gibt keine andere Möglichkeit für Selenskij, im Amt zu bleiben. Es sei denn, die Stelle selbst bleibt erhalten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270e081b480cc4143409604.jpg>

10:35 de.rt.com: **Papst zu Treffen mit Putin bereit**

Papst Franziskus hat seine Bereitschaft bekundet, nach Moskau zu reisen, um mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über eine Einigung im Ukraine-Konflikt zu sprechen. In einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit der Zeitung Corriere della Sera sagte der Pontifex:

"Ich habe dann Kardinal Pietro Parolin nach 20 Tagen Krieg gebeten, Putin die Botschaft zu übermitteln, dass ich bereit bin, nach Moskau zu gehen. Wir haben noch keine Antwort erhalten und beharren weiterhin darauf, obwohl ich befürchte, dass Putin dieses Treffen zum jetzigen Zeitpunkt nicht abhalten kann und will."

Der Papst fügte hinzu, dass er vorerst nicht vorhabe, nach Kiew zu reisen. Das römisch-katholische Oberhaupt glaubt:

"Ich habe die Kardinäle Michael Czerny und Konrad Krajewski geschickt, die zum vierten Mal dort waren. Aber ich habe das Gefühl, dass ich nicht dorthin gehen muss. Ich muss erst nach Moskau fahren, ich muss erst Putin treffen."

Er fügte hinzu, dass sein Treffen mit dem Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus Kirill am 14. Juni in Jerusalem stattfinden werde. Wie der Pontifex zuvor erklärt hatte, war sich die

vatikanische Diplomatie darüber im Klaren, dass "ein Treffen zu diesem Zeitpunkt zu großer Verwirrung führen könnte". Gleichzeitig bezeichnete er seine Beziehungen zum Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche als "sehr gut".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270e755b480cc693319f566.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 03.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

52 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 54 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Artilleriegeschützen des Kalibers 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **auf Perwomajsk, Kalinowo und Stachanow** abgefeuert.

Durch Beschuss

- **starb in Stachanow ein Zivilist und 2 Personen wurden verletzt.** 3 Wohnhäuser wurden beschädigt;

- **starb in Perwomajsk ein Zivilist**, 2 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurden, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an bedürftige Einwohner der befreiten Territorien.

10:41 de.rt.com: UEFA sperrt Russlands Fußball komplett aus – Auch eine EM-Bewerbung unzulässig

Die Europäische Fußball-Union UEFA weitet die Sanktionen gegen Russland noch einmal deutlich aus. Sie lehnt die EM-Bewerbungen des Landes ab. Zudem wurde beschlossen, dass in der Saison 2022/2023 weder Männer- noch Frauen-Teams in den europäischen Club-Wettbewerben spielen dürfen.

Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat die Sanktionen gegen Russland wegen des Angriffs auf die Ukraine konkretisiert und weiter verschärft. Russland darf sich weder für die Europameisterschaften 2028 oder 2032 bewerben, noch darf das Land an der Nations League

oder der Frauen-EM im Sommer teilnehmen. Zudem habe die Exekutive am Montag beschlossen, dass in der Saison 2022/2023 weder Männer- noch Frauen-Teams in den europäischen Club-Wettbewerben spielen dürfen.

Ungeachtet der Isolation wegen des Kriegs gegen die Ukraine hatte Russland sich um die Europameisterschaft 2028 oder 2032 bemüht. Russland habe Erfahrung damit, große Turniere auszurichten, hatte Verbandschef Alexander Djukow die Bewerbung begründet. Das Land war Gastgeber der Weltmeisterschaft 2018, 2021 fanden mehrere Spiele der Europameisterschaft in St. Petersburg statt.

Wie die UEFA nun mitteilte, hat die Exekutive die Bewerbungen für unzulässig erklärt. Begründet wurde dies damit, dass Bewerber unter anderem sicherstellen müssten, die UEFA, andere Bewerber, das Bewerbungsverfahren oder den europäischen Fußball durch ihr Verhalten nicht in Verruf zu bringen. Außerdem stehe eine Bewerbung dem Ausschluss russischer Teams von allen Wettbewerben entgegen, weil dem Gastgeber einer Endrunde automatisch ein Startplatz zustehe.

Auch Frauen dürfen nicht spielen

Die UEFA und der Weltverband FIFA hatten National- und Club-Mannschaften aus Russland wegen des Krieges in der Ukraine von allen Wettbewerben ausgeschlossen. In dem jüngsten Beschluss wurde zudem festgelegt, dass die russische Männer-Auswahl nicht an der Nations League teilnehmen darf und die Mannschaft als Absteiger aus der B-Liga feststeht.

Die Frauen-Nationalmannschaft wurde von der EM vom 6. bis 31. Juli in England ausgeschlossen. Sie wird durch Portugal ersetzt. Auch in der Qualifikation zur Weltmeisterschaft 2023 in Australien und Neuseeland werde Russland keine weiteren Spiele bestreiten, die bisherigen Ergebnisse würden annulliert und die Gruppe E mit Dänemark, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Malta und Aserbaidschan werde als Fünfer-Gruppe fortgesetzt.

Gleiches gilt für die Ausscheidungsspiele zur U21-EM der Junioren 2023 in Georgien und Rumänien, wo die Spieler der Gruppe C nur noch mit Spanien, der Slowakei, Malta, Litauen und Nordirland fortgesetzt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270e66ab480cc49dd420fb2.jpg>

11:05 de.rt.com: Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat am Dienstagmorgen einen neuen Bericht über den Stand der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine veröffentlicht. Er sagte, dass hochpräzise Onyx-Raketen in der Nähe von Odessa ein Logistikzentrum auf einem Militärflugplatz getroffen hätten, über das ausländische Waffen geliefert worden seien. In der Folge zerstörten russische Truppen

Hangars mit unbemannten Bayraktar-TB2-Drohnen sowie Raketenwaffen und Munition aus den USA und europäischen Ländern.

Konaschenkow sagte auch, dass Russlands luftgestützte Präzisionsraketen über Nacht sechs ukrainische Militäreinrichtungen getroffen hätten. Darunter ein geschützter Gefechtsstand, ein Munitionsdepot in der Nähe der Siedlung Slatino sowie vier Bereiche, in denen Personal und militärische Ausrüstung konzentriert werden.

69 Hochburgen, Gebiete, in denen sich Arbeitskräfte und militärische Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte konzentrieren, wurden von der taktischen und militärischen Luftwaffe der russischen Luftwaffe getroffen. Russische Raketentruppen trafen ihrerseits die Gefechtsstände der 81. Luftmobilisierungsbrigade in der Nähe des Dorfes Dolina und der 77. Brigade der Territorialverteidigung der Ukraine in der Nähe von Podolowka, Gebiet Charkow. Außerdem wurde in der Nähe von Kulbakino im Gebiet Nikolajew eine Abschussvorrichtung für Flugabwehrraketen des Systems S-300 zerstört.

Artillerieeinheiten trafen 54 Artilleriestellungen der ukrainischen Streitkräfte, 38 Festungen sowie 195 Gebiete, in denen sich Arbeitskräfte und ukrainisches Militärgerät befanden. Bis zu 230 Nationalisten wurden getötet und 52 Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände zerstört.

Konaschenkow berichtete außerdem, dass die russische Luftabwehr über Nacht sechs unbemannte ukrainische Flugzeuge in der Nähe der folgenden Siedlungen zerstört hat: Beresowka im Gebiet Odessa, Borschtschewaja und Tscherneschtschina im Gebiet Charkow, Barwinok im Gebiet Cherson und Michailowka in der Volksrepublik Donezk. Außerdem wurden eine ukrainische Totschka-U-Rakete bei Dmitrowka und zwei Smertsch-Mehrfachraketen-Systeme bei Isjum aus der Luft abgeschossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270ed4a48fbef4db478f686.jpg>

Dan-news.info: **Die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ plant zum Tag des Sieges am 9. Mai vier gesamtrepublikanische Aktionen**, die zum Teil auch in den befreiten Bezirken der Republik stattfinden: „Fenster des Sieges“ – Fenster, Zufahrten und Zäune werden mit Festplakaten und Attributen geschmückt, die Einwohner werden gebeten am 9. Mai um 22:00 Kerzen und Lampions zum Gedenken an die gefallenen Soldaten ins Fenster zu stellen; „Wir singen im Hof“, wobei Videos und Fotos von Aktionen, wo Lieder aus der Zeit des Krieges gesungen werden; „Georgsband“ – am 9. Mai werden in den Städten und Bezirken der Republik Georgsbänder ausgegeben.

Außerdem werden Kulturbrigaden spezielle Konzerte für Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges zu Ehren des Tages des Großen Sieges veranstalten. Für die Veteranen werden Grußkarten und Zertifikate erstellt. Diese Aktion wird am 5. Mai beginnen und eine Woche dauern.

11:14 de.rt.com: **Deutschland lieferte bisher Waffen und Ausrüstung für mehr als 190 Millionen Euro an Ukraine**

Panzerfäuste, Luftabwehrraketen, Maschinengewehre und viele Millionen Schuss Munition: Die Ukraine hat seit Kriegsbeginn Rüstungsgüter aus Deutschland für mehr als 190 Millionen Euro erhalten. Der Gesamtumfang könnte jedoch größer sein, da nicht mehr alles erfasst wird. Die Bundesregierung hat in den ersten acht Kriegswochen Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro in die Ukraine geliefert. Das geht aus einer Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dağdelen hervor.

Vom ersten Kriegstag, dem 24. Februar, bis zum 19. April gab die Regierung danach grünes Licht für die Lieferung von Kriegswaffen für 120,5 Millionen Euro und für sonstige Rüstungsgüter im Wert von 71,4 Millionen Euro.

Aus Verfahrensvereinfachungen werden nicht mehr alle Exportwerte erfasst

Das Bundeswirtschaftsministerium wies allerdings darauf hin, dass seine Zahlen nicht mehr dem Gesamtumfang der Exportgenehmigungen entsprächen, weil wegen Verfahrensvereinfachungen nicht mehr alle Werte erfasst würden. Dağdelen nannte es "eine Verhöhnung des Parlaments", dass die Bundesregierung nicht vollständig über den Wert der Rüstungsexporte informiere. Zudem nannte sie es "brandgefährlich", dass Deutschland mit Waffenlieferungen an die Ukraine in immer größerem Umfang "faktisch zur Kriegspartei" werde.

Die USA sagten beispielsweise der Ukraine seit Kriegsbeginn Waffen und Munition im Wert von mehr als 3,7 Milliarden US-Dollar (rund 3,5 Milliarden Euro) zu oder lieferten diese bereits. Das kleine Estland hat gar nach Regierungsangaben bisher Militärhilfe im Wert von mehr als 220 Millionen Euro für die Ukraine geleistet. Unter den gelieferten Waffen waren etwa Panzerabwehrminen und Javelin-Panzerabwehrraketen aus US-Produktion. Estland hat 1,3 Millionen Einwohner, Deutschland 83 Millionen.

Die Bundesregierung hatte sich zwei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine dafür entschieden, Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern – ein Tabubruch. Anfangs gab die Bundesregierung noch bekannt, welche Waffen sie liefert, seit längerer Zeit aber nicht mehr. Bundestagsabgeordnete können sich nur noch in der Geheimschutzstelle darüber informieren. Nach Angaben aus ukrainischen Regierungskreisen sind bis zum 21. April gut 2.500 Luftabwehrraketen, 900 Panzerfäuste mit 3.000 Schuss Munition, 100 Maschinengewehre und 15 Bunkerfäuste mit 50 Raketen in der Ukraine angekommen. Hinzu kommen 100.000 Handgranaten, 2.000 Minen, rund 5.300 Sprengladungen sowie mehr als 16 Millionen Schuss Munition verschiedener Kaliber für Handfeuerwaffen vom Sturmgewehr bis zum schweren Maschinengewehr.

In der vergangenen Woche genehmigte die Bundesregierung erstmals den Export schwerer Waffen direkt aus Deutschland: 50 Gepard-Flugabwehrpanzer. Im Gespräch ist auch die Lieferung von Panzerhaubitzen 2.000 aus Bundeswehrbeständen. Dabei handelt es sich um schwere Artilleriegeschütze, die 40 Kilometer weit schießen können. Die Lieferung von Kampfpanzern westlicher Bauart wie dem Leopard aus Deutschland in die Ukraine ist bisher nicht vorgesehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270cfe3b480cc5142125171.jpg>

12:33 (11:33) novorosinform.org: **Die Kampfhandlungen um Asowstal wurden wieder aufgenommen – Chodakowskij**

"Der schwierigste Teil des Mariupol-Epos" hat begonnen, sagte Alexander Chodakowskij, Vorsitzender der öffentlichen Vereinigung „Patriotische Kräfte des Donbass“.

Nach der Evakuierung von Zivilisten aus dem Gelände des Asowstal-Werks in Mariupol wurden die Feindseligkeiten wieder aufgenommen. Ukrainische Nationalisten nutzten das „Regime der Ruhe“, um sich neu zu gruppieren, wie Alexander Chodakowskij in seinem Telegram-Kanal erklärte.

Er fügte hinzu, dass die DVR-Streitkräfte dadurch Verluste erlitten hätten.

„Heute nahmen sie die Feindseligkeiten wieder auf und erlitten sofort Verluste – ein Kamerad wurde getötet, einer verwundet. Der letzte, aber schwierigste Teil des Mariupol-Epos hat begonnen“, schrieb Chodakowskij.

Die Russische Föderation und die DVR hätten verstanden, dass die ukrainischen Radikalen die Atempause nutzen würden, um sich neu zu formieren, „aber wir konnten die Tatsache nicht ignorieren, dass es dort Zivilisten gibt“, betonte Alexander Chodakowskij.

Es sei daran erinnert, dass am 30. April und 1. Mai mehr als 100 Zivilisten vom Gelände des Werks Asowstal evakuiert wurden.



https://www.novorosinform.org/content/images/38/58/43858_720x405.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Asow-Stahl-Leiter über Gründe für Schwierigkeiten bei der Übernahme**

des Werks

Enwer Zkitischwili, CEO von Asow-Stahl, hat der BBC ein Interview gegeben. Darin erklärte er, warum Asow-Stahl trotz der Bombardierung und des Beschusses durch das russische Militär zu einer echten Festung für ukrainische Nationalisten wurde.

Die Fabrik wurde ursprünglich im Jahr 1930 gebaut. Die Sowjets haben sie mit 36 Bunkern ausgestattet, von denen einige einem direkten Atomschlag standhalten können. Außerdem wurde ein weit verzweigtes Netz von acht Meter tiefen Tunneln gebaut.

Nach dem Jahr 2014 rüstete die ukrainische Regierung das Bunkersystem von Asow-Stahl auf und übergab den Kämpfern in der Stadt in diesem Jahr Details und Karten des unterirdischen Netzwerks. Außerdem versorgte sie die Anlage mit 40.000 Lebensmittelpaketen – jedes reicht einer Person für einen Tag.

Dies erklärt, wie es Tausenden von Kämpfern und Hunderten von Zivilisten gelang, wochenlang im Untergrund zu überleben, und erst jetzt damit begonnen wurde, einige Frauen und Kinder zu evakuieren. Zkitischwili sagte:

"Als der Krieg begonnen hatte, haben wir in der Stadt verkündet, dass alle Menschen, die unter den Bombardierungen und dem Beschuss gelitten haben, zu uns kommen können."

Der Vorstandsvorsitzende erklärte auch, dass Asow-Stahl eine natürliche Festung sei, da das Werk von drei Seiten von Wasser umgeben sei: auf der einen Seite der Fluss und auf den beiden anderen das Meer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270fc8c48fbef410740ba45.jpg>

13:18 (12:18) novorosinform.org: **Russische Truppen zerstörten Hangars mit türkischen "Bayraktars" – Verteidigungsministerium**

Die Lager beinhaltenen auch Raketen und Munition aus den USA und Europa, sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

Russland setzt eine militärische Spezialoperation zur Entmilitarisierung der Ukraine fort. In der Nacht zum 3. Mai zerstörten hochpräzise Onyx-Raketen das Logistikzentrum der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe des Flugplatzes von Odessa, das für die Lieferung ausländischer Waffen genutzt wurde, teilte Konaschenkow mit.

„Hangars mit unbemannten Luftfahrzeugen Bayraktar TB2 sowie Raketenwaffen und Munition, die aus den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern stammen, wurden zerstört“, sagte er.

Im Berichtszeitraum seien sechs militärische Einrichtungen der Ukraine, 54 Schussstellungen der Streitkräfte der Ukraine und etwa 230 ukrainische Nationalisten zerstört worden, fügte der Vertreter des Verteidigungsministeriums hinzu.



https://www.novorosinform.org/content/images/38/59/43859_720x405.jpg

12:21 de.rt.com: **Weißes Haus: Weder Russland noch USA können einen Atomkrieg gewinnen**

In einer Pressekonferenz teilte Sprecherin Jen Psaki die Ansicht des Weißen Hauses mit, dass weder Russland noch die USA einen Atomkrieg gewinnen können. Sie erklärte außerdem, dass weder die USA noch die NATO am Ukraine-Krieg beteiligt seien und Präsident Biden weiterhin keine US-Truppen vor Ort stationieren wolle.

Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, teilte am Montag bei einem Briefing den anwesenden Journalisten die jüngsten Beschlüsse und Statements aus dem Präsidialbüro von US-Präsident Joe Biden mit. Gleich zu Beginn des Briefings ging es um die Ukraine. Psaki ließ wissen, dass Biden eine Anlage des US-amerikanischen Rüstungs- und Technologiekonzerns Lockheed Martin besuchen wird, in der Waffensysteme wie die Javelin-Panzerabwehrraketen hergestellt werden, die die Regierung Biden/Harris der Ukraine zugesagt hat. "Diese wurden effektiv eingesetzt, um das Land gegen die russische Invasion zu verteidigen, auch um die Schlacht um Kiew zu gewinnen", so Psaki.

Laut einem anwesenden Journalisten würden aktuelle Umfrageergebnisse des US-Senders ABC und der Washington Post zeigen, dass "acht von zehn Amerikanern sich Sorgen über einen größeren Krieg und den möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland machen". Die Pressesprecherin des Weißen Hauses betonte, dass sich die NATO aktuell nicht an einem Stellvertreterkrieg beteiligen würde. Sie sagte wörtlich:

"Dies ist ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Die NATO ist nicht beteiligt. Die Vereinigten Staaten sind nicht an diesem Krieg beteiligt. Ich denke also, dass es für uns alle wichtig und entscheidend ist, die Argumente des Kremls an dieser Front nicht zu wiederholen."

Bezüglich eines möglichen Einsatzes nuklearer Waffen teilte sie den Journalisten mit:

"Ich würde sagen, dass die Russen selbst im Laufe der Zeit, einschließlich im letzten Jahr, deutlich gemacht haben, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann. Wir stimmen dem zu. Und es ist wichtig, dass jedes Land dies bekräftigt und dass jeder gewählte Beamte dies auch hier im Lande (den USA) bekräftigt."

Unmittelbar im Anschluss bemerkte Psaki, dass "der Präsident die Ansicht vertritt, dass wir keine US-Truppen vor Ort stationieren, um diesen Krieg zu führen. Und das werden wir den Amerikanern gegenüber immer wieder bekräftigen". Ein weiterer Journalist wollte hinsichtlich aktueller Waffenbestände der USA – bezogen auf die forcierten Lieferungen von Javelin-Panzerabwehrlenk Waffen und Stinger-Raketenbestände – Genaueres erfahren.

"Russische Analysten" würden laut Fragestellung kommunizieren, dass durch die Ereignisse "in der Ukraine etwa ein Drittel der Javelin-Bestände in den USA und auch etwa ein Viertel der Stinger-Raketenbestände vernichtet worden sind". Psaki antwortete laut Protokoll des Weißen Hauses wörtlich:

"Nun, zunächst einmal würde ich sagen, dass das Verteidigungsministerium natürlich prüft, ob wir über das verfügen, was wir zu unserer Verteidigung brauchen. Und wir waren in der Lage, Ausrüstung aus US-Beständen, einschließlich Javelins, in die Ukraine zu transferieren, ohne die militärische Bereitschaft zu beeinträchtigen.

Wir sind natürlich bestrebt, die US-Bestände aufzufüllen und die erschöpften Bestände für uns selbst und auch für unsere Verbündeten und Partner wieder aufzufüllen, und deshalb haben wir den Kongress mit dem Nachtragsgesetz um die entsprechenden Mittel gebeten." Zum Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, mit demokratischen US-Abgeordneten in der Ukraine und Polen wollte sich Psaki mit Bezug auf "Wünsche" der ukrainischen Regierung oder Ergebnisse der Gespräche nicht äußern. Da das US-Parlament diese Woche nicht tagen würde, könnten erst Inhalte bekannt werden, wenn "sie nächste Woche zurückkehren". Psaki wörtlich: "Ich habe also keine näheren Informationen darüber, was die Ukrainer in ihren Gesprächen gefordert oder erbeten haben." Abschließend sagte sie: "Wir werden uns auch weiterhin mit dem Verteidigungsministerium beraten und uns auf dessen Rat verlassen, welche Waffensysteme und Ausrüstungen die Ukrainer benötigen, um im Krieg weiterhin erfolgreich zu sein."

Nach den Reisen von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, US-Außenminister Antony Blinken und jetzt Parlamentspräsidentin Pelosi in die Ukraine seien aktuell "keine Pläne in Arbeit", dass US-Präsident Joe Biden in die Ukraine reisen werde. Doch: "Ich weiß, dass der Präsident die Ukraine gerne besuchen würde."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270c72348fbef3ac0348fe7.jpg>

12:40 de.rt.com: **Putin unterzeichnet Dekret über neue russische Vergeltungsmaßnahmen auf Sanktionen**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat einen Erlass über die Anwendung wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen bestimmter ausländischer Staaten und internationaler Organisationen unterzeichnet. Das Dokument verbietet insbesondere Transaktionen und die Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber den ausländischen natürlichen und juristischen Personen, die von den restriktiven Vergeltungsmaßnahmen betroffen sind, sowie die Ausfuhr von Rohstoffen und Produkten aus Russland zugunsten dieser Personen. Der Text des Dekrets lautet wie folgt:

"Im Zusammenhang mit den unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der ihnen beigetretenen ausländischen Staaten und internationalen Organisationen, die darauf abzielen, der Russischen Föderation, Bürgern der Russischen Föderation und russischen juristischen Personen rechtswidrig Rechte zu entziehen, Eigentum und Eigentumsrechte einzuschränken, verfüge ich, um die nationalen Interessen der Russischen Föderation zu schützen, dass föderale Regierungsstellen, Regierungsstellen der konstituierenden Einheiten der Russischen Föderation, andere staatliche

Stellen, lokale Regierungsstellen, Organisationen und Einzelpersonen unter der Gerichtsbarkeit der Russischen Föderation bei ihrer Tätigkeit davon ausgehen, dass ab dem Datum des Inkrafttretens dieses Dekrets in Bezug auf einzelne juristische Personen, Personen und Organisationen, die unter ihrer Kontrolle stehen, besondere wirtschaftliche Maßnahmen angewendet werden."

Putin wies die Regierung außerdem an, innerhalb von zehn Tagen die Liste der Personen zu erstellen, gegen die Russland Vergeltungssanktionen verhängt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6271043ab480cc4946118533.jpg>

13:20 de.rt.com: **Medienbericht: Berlin liefert sieben Panzerhaubitzen an Kiew**

Die Bundesregierung hat beschlossen, der Ukraine sieben [Panzerhaubitzen 2000](#) aus den Beständen der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, wie die Zeitung Die Welt unter Berufung auf eigene Quellen berichtet.

Nach Angaben der Zeitung wird das ukrainische Militär in Deutschland im Umgang mit den an die Ukraine gelieferten Waffen geschult werden. Sie wies darauf hin, dass die Niederlande Kiew zuvor die Lieferung von fünf Panzerhaubitzen 2000 zugesagt hatten.

Es wurde betont, dass die Entscheidung zur Lieferung der Panzerhaubitzen in Berlin "gegen den Ratschlag führender Militärs der Bundeswehr" getroffen worden sei. Diese wiesen darauf hin, dass nur 40 von 119 Panzerhaubitzen 2000 aus der Reserve der Bundeswehr kampfbereit sind.

Zuvor hatte der Bundestag eine Erklärung verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, die Ukraine umfassend zu unterstützen, unter anderem durch verstärkte Lieferungen schwerer Waffen. Die Abgeordneten forderten außerdem, diese Lieferungen möglichst zu beschleunigen, um sie durch den sogenannten zirkulären Austausch mit anderen Ländern zu erweitern, "ohne die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu gefährden".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62710d2048fbef098a39fd46.jpg>

14:27 (13:27) ria.ru: **Die russischen Streitkräfte haben damit begonnen, die Feuerstellungen der Streitkräfte der Ukraine bei Asowstal zu zerstören**

Die Kämpfer des Asowschen nationalistischen Bataillons und ukrainische Truppen nutzten den Waffenstillstand bei Asowstal, um Feuerstellungen einzunehmen, sie werden jetzt beschossen, sagte Wadim Astafjew, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums. "Sie kamen aus den Kellern, nahmen Feuerstellungen auf dem Territorium und in den Gebäuden des Werks ein. Jetzt beginnen Einheiten der russischen Armee und der DVR mit Artillerie und Flugzeugen, diese Feuerstellungen zu zerstören", sagte er.

Laut einem [Korrespondenten](#) von RIA Novosti vor Ort ist Artilleriefeuer auf Asowstal zu hören, Rauchsäulen sind über dem Werksgebiet sichtbar.

Dank des Waffenstillstands konnten sich zuvor mehrere hundert Zivilisten aus dem Gebiet des Hüttenwerks und aus den umliegenden Vierteln zurückziehen. Danach begann die ukrainische Seite jedoch mit dem Beschuss. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/17/1785114731_0:59:3204:1861_640x0_80_0_0_33bd5eb2beb971392cc83ce50675ad1f.jpg

13:58 de.rt.com: **Habeck: "Werden, solange der Krieg andauert, eure fossilen Energien nicht mehr kaufen"**

Die für Energie zuständigen Minister der Europäischen Union beraten heute bei einem Sondertreffen unter anderem über ein mögliches Öl-Embargo gegen Russland. Laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sei Deutschland dafür gerüstet. Doch stimmt das wirklich?

Die EU-Kommission bereitet offenbar ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland vor, das

auch ein Einfuhrverbot für russisches Öl vorsehen soll. Sogar die Bundesregierung unterstützt mittlerweile die Planungen und treibt die Bewegung weiter an. Nun fürchten auch in Deutschland immer mehr Unternehmen und Verbraucher sogar ein abruptes Ende der Gasimporte.

Einer der Befürworter eines Energie-Embargos gegen Russland ist Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen). Dieser rechnet fest damit, dass die Europäische Kommission am Dienstag im Rahmen ihrer Überlegungen für das sechste Sanktionspaket unter anderem einen Importstopp von russischem Öl vorschlagen wird.

Das Wirtschaftsministerium habe in der Vergangenheit "hart daran gearbeitet", dass Deutschland ein solches tragen und unterstützen könne. "An uns soll es jedenfalls nicht mehr scheitern", erklärte Habeck am Montagabend in der ZDF-Sendung "heute-journal".

Deutschland habe "große Fortschritte" erzielt, um sich bei Kohle und Öl unabhängig von Russland zu machen. Nun seien auch andere Länder aufgerufen, "das Ihre zu tun" und "nicht nur abzuwarten", forderte der Grünen-Politiker. Das Signal an Russland solle demnach sein: "Wir werden, solange der Krieg andauert, eure fossilen Energien nicht mehr kaufen."

Allerdings werden sich die Verbraucher in Deutschland nun auf dauerhaft hohe Energiepreise einstellen müssen. Diese würden infolge eines Öl-Embargos gegen Russland "sehr sicher" steigen, so der Wirtschaftsminister. "Und das ist der Preis, der getragen werden kann und getragen werden muss", erklärte er im ZDF.

Hoffnungen auf etwaige geplante Finanzspritzen und Entlastungspakete der Bundesregierung wollte der Bundeswirtschaftsminister nicht machen. Zwar rechne auch die Regierung "mit höheren Preisen", sagte Habeck am Montag in Berlin nach einem Treffen mit Verbänden der mittelständischen Wirtschaft, jedoch könne der Staat nicht alle Energiepreissteigerungen auffangen – weder für Firmen noch für Verbraucher. "Das ist die bittere und die harte Wahrheit."

Neben den Preissteigerungen könnte es im Fall eines Lieferstopps von russischem Öl zudem auch noch zu kurzzeitigen Ausfällen bei der Energieversorgung kommen. Deutschland werde zwar nicht in eine neue "Ölkrise" rutschen, allerdings könne die mit einem Öl-Embargo einhergehende Umstellung zu Ausfällen führen, erklärte Habeck unter Verweis auf die Erdölraffinerie PCK in Schwedt, die von den russischen Öl-Importen abhängig ist.

Dabei sind die Auswirkungen des drohenden Energie-Embargos gegen Russland für die Verbraucher bereits jetzt schon deutlich spürbar. So machen sich die Preissteigerungen zurzeit vor allem beim Heizen und Tanken bemerkbar. Am Montag kostete Diesel an den deutschen Tankstellen im Schnitt 2,06 Euro je Liter. Leichtes Heizöl schlug mit 138 Euro je 100 Liter zu Buche. Auch Gaskunden werden von dem Energiestreit hart getroffen, da die kommunalen Stadtwerke ihre Preise im Schnitt um 60 Prozent anheben mussten.

"Das ist absoluter Wahnsinn. Das trifft die Energiebranche ein Stück weit unerwartet", erklärte der Geschäftsführer der Stralsunder Stadtwerke, Ralf Bernhardt, dem NDR. Demnach würden insbesondere der Krieg in der Ukraine und das geplante Sanktionspaket gegen Russland an der "Preisschraube" drehen. Die damit einhergehenden Preiserhöhungen für die Kunden seien nicht zu vermeiden, so Bernhardt. Außerdem mache sich die Branche Sorgen, dass die Versorgungssicherheit eventuell nicht mehr gegeben ist, sollte es zu einem Importstopp von russischem Öl und Gas kommen, erklärte er.

Andere EU-Länder sind da schon weiter. Statt die Kosten wie in Deutschland auf die Bürger abzuwälzen, setzen Länder wie Frankreich eher auf eine Deckelung der Energiepreise. Andere Länder haben Steuern vorübergehend für alle gesenkt oder gleich mehrere Maßnahmen umgesetzt, um Verbraucher – so gut es geht – zu entlasten.

Die Regierung in Österreich beispielsweise plant, die Steuern auf Öl und Gas für private Verbraucher und kleine Betriebe deutlich zu senken. Außerdem sollen Steuererleichterungen für Berufspendler ausgebaut werden. In Dänemark bekommen Haushalte bis zu einem bestimmten Jahreseinkommen gar einen steuerfreien Wärme-Scheck in Höhe von 6.000

Kronen (rund 800 Euro).



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270f763b480cc49a948538c.jpg>

14:40 de.rt.com: **Slowakei beharrt auf Ausnahme von EU-Ölembargo gegen Russland**

Der slowakische Wirtschaftsminister und Vizeregierungschef Richard Sulík hat für sein Land eine Ausnahme vom geplanten Ölembargo gegen Russland verlangt. Für die Slowakei sei dies "extrem wichtig", sagte der Politiker in einer am Dienstag von slowakischen Medien als Video veröffentlichten Erklärung nach dem Treffen der EU-Energieminister in Brüssel. Die Slowakei könne vorerst nicht auf das russische Erdöl verzichten.

Die zum ungarischen MOL-Konzern gehörende Raffinerie Slovnaft in Bratislava würde mehrere Jahre brauchen, um vom derzeit aus Russland bezogenen schweren Öl auf die Verarbeitung von leichterem Öl umzusteigen. Sulík weiter:

"Deshalb werden wir sicher auf einer solchen Ausnahme bestehen."

Die Slowakei bezieht derzeit nahezu hundert Prozent ihres Erdöls und mehr als 80 Prozent ihres Erdgasbedarfs aus Russland. Neben der Slowakei will vor allem das ähnlich von russischen Importen abhängige Ungarn eine Ausnahmeregelung vom geplanten EU-Ölembargo erreichen.

15:16 (14:16) ria.ru: **Die Rada verbietet die Aktivitäten "prorussischer Parteien" in der Ukraine**

Die Werchowyna Rada der Ukraine hat ein Gesetz verabschiedet, das die Aktivitäten "pro-russischer Parteien" verbietet, sagte der Rada-Abgeordnete Jaroslaw Shelesnjak.

„Die Rada hat die Aktivitäten pro-russischer Parteien verboten. 330 Stimmen“, schrieb Shelesnjak auf seinem Telegram-Kanal.

Zuvor sagte Wladimir Selenskij, dass der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine während des Kriegsrechts im Land jede Aktivität einer Reihe politischer Parteien eingestellt habe, darunter die „Oppositionsplattform – Für das Leben“, „Sharijs Partei“, „Unsere“, „Oppositionsblock“, „Linke Opposition“, „Union der Linken Kräfte“, „Dershawa“, „Progressive Sozialistische Partei der Ukraine“, „Sozialistische Partei der Ukraine“, „Sozialisten“ und „Block Wladimir Saldo“. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/03/1f/1569383046_0:0:3072:1728_640x0_80_0_0_4038e206df49f392651f5a6a21b53654.jpg

15:35 (14:35) novorosinform.org: **Estland wird die Unterzeichnung des Grenzabkommens mit der Russischen Föderation nicht widerrufen**

Das Parlament unterstützt den entsprechenden Vorschlag der oppositionellen Konservativen Volkspartei Estlands nicht.

Am Dienstag fand eine Sitzung des estnischen Parlaments statt, das den Vorschlag der Konservativen Volkspartei prüfte, die Unterschrift unter dem Grenzvertrag mit der Russischen Föderation zurückzuziehen. Als Ergebnis der Abstimmung sprachen sich 53 Abgeordnete gegen diese Initiative aus, 28 Parlamentarier stimmten dafür, [berichtet](#) Interfax.

Zuvor schlugen estnische Parlamentarier vor, die Unterschrift unter dem Grenzvertrag mit Russland zurückzuziehen, der am 18. Februar 2014 unterzeichnet wurde. Laut den Autoren der Initiative „legitimiert der Vertrag die fortgesetzte Besetzung der Gebiete der Republik Estland durch die Russische Föderation und gibt diese Gebiete auf, ohne dass Estland eine Entschädigung für die aufgegebenen Gebiete erhält“.

Estnische Oppositionelle glauben, dass Russland einen Teil des Territoriums kontrolliert, das vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges zu Estland gehörte. 2014 unterzeichneten die Außenminister Russlands und Estlands einen Grenzvertrag, der noch nicht rechtskräftig, also noch nicht ratifiziert ist.



https://novorosinform.org/content/images/38/62/43862_720x405.jpg

15:00 de.rt.com: **Ukraine baut zweite Betonmauer an der Grenze zu Transnistrien**

Die ukrainischen Behörden haben eine weitere Betonmauer am Grenzübergang Kutschurgan-Perwomaisk [errichtet](#). Dieser befindet sich an der Grenze zur nicht anerkannten moldawischen Republik Transnistrien.

Am Dienstagmorgen traf ein Kran an der Kutschurgan-Brücke ein und errichtete eine zweite Mauer aus Betonblöcken. Die erste wurde am 28. Februar aufgestellt.

Die Ukraine hatte die Grenze zu Transnistrien seit dem 28. Februar geschlossen. Später kam es zu drei Terroranschlägen in der nicht anerkannten Republik, in der 60 Prozent der Einwohner Russen und Ukrainer sind. Es wurde die rote Terrorwarnstufe eingeführt. Der Präsident der Transnistrischen Moldauischen Republik, Wadim Krasnoselski, sagte, dass die Spuren der Organisatoren des Sabotageaktes in die Ukraine führen würden.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/CkdteDWwjTmUjtixX8UPA-oC2WsNr0g1aJPG1XhSRSjL_GLpw59C7Lj3Nxa7aUf3H7_inUkSMn-eNfjU30ySPN9nBrvEsZl3IJBG6Sc0Cr-pyLBLDaQ9B2j8qR4xEcBWkla8s_aiLm20kHOzuk_kfDcJT0WhVTAXHqhXOeTnS7JXP1KW4LNgTVufVXuWt9SIEAaG47e6gAiJPh-68WpUjpQkmbogA-CYlkMSOe5j-majJT4HegNUMBV131ApHyUIfg8Fn1TzQdBP6WBvXtna3iUR7cRjlGUb_ewXrQAzVAD08QFyc1E-zSHIscu7ZtEfU2wdTuQH1bZBul1V_DMVhg.jpg

15:40 de.rt.com: **Transnistrien: Neuer Terroranschlag auf ein Fernseh- und Rundfunkzentrum in Majak verhindert**

Die Drohne war Berichten zufolge mit zwei Kilogramm Plastik und einem Fünf-Liter-Behälter mit Brandbombengemisch sowie einem Funkgerät ausgestattet, das als Zünder diente. Die Drohne wurde neutralisiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62712c2db480cc24d77f9f4c.jpg>

15:54 de.rt.com: **Retourkutsche aus Mali: Militärkooperation mit Frankreich wird aufgekündigt**

Der westafrikanische Staat Mali will seine Militärkooperation mit Frankreich beenden. Die Kündigung aller Verträge und Vereinbarungen – eine Reaktion auf das angekündigte Ende des französischen Militäreinsatzes – werde innerhalb von sechs Monaten in Kraft treten.

Der westafrikanische Krisenstaat Mali will seine Militärkooperation mit Frankreich beenden. Die Kündigung aller Verträge und Vereinbarungen – eine Reaktion auf das angekündigte Ende des französischen Militäreinsatzes – werde innerhalb von sechs Monaten in Kraft treten, teilte die Militärregierung in der Nacht zum Dienstag mit. In einer Fernsehansprache am Montag begründete Oberst Abdoulaye Maiga diesen Schritt mit den Worten:

"Die Regierung der Republik Mali nimmt seit einiger Zeit mit Bedauern eine tiefgreifende Verschlechterung der militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich zur Kenntnis."

Maiga führte zudem mehrere Fälle an, in denen die französischen Streitkräfte die Souveränität Malis verletzt haben sollen. Im April hatte Mali unter anderem behauptet, dass französische Drohnen seit Anfang des Jahres dutzende Male in den malischen Luftraum eingedrungen seien, um das malische Militär auszuspionieren. Aufgrund erheblicher politischer Spannungen hatten Frankreich und seine internationalen Partner im Februar ein Ende des Anti-Terror-Kampfs in Mali verkündet und einen koordinierten Abzug der rund 4.300 Soldaten angekündigt.

In Mali mit seinen rund 20 Millionen Einwohnern hatte im Mai des vergangenen Jahres das Militär die Übergangsregierung entmachtet, die eigentlich bis zu Wahlen am 27. Februar 2022 hätte im Amt sein sollen. Putschistenführer Assimi Goïta ließ sich zum neuen Übergangspräsidenten ausrufen und will Wahlen erst in bis zu fünf Jahren abhalten.

In der Sahelzone, die sich südlich der Sahara vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt, sind etliche bewaffnete Gruppen aktiv. Einige schworen den Terrorgruppen Islamischer Staat (IS) oder al-Qaida die Treue. In Mali laufen zudem der EU-Ausbildungseinsatz EUTM und der UN-Stabilisierungseinsatz MINUSMA, an denen die Bundeswehr mit gut 1.350 Soldaten beteiligt ist.

Frankreich, das Mali vom späten 19. Jahrhundert bis 1960 beherrscht hatte, hatte die neue Regierung beschuldigt, "mehrfache Hindernisse" geschaffen zu haben, die die Fortsetzung einer gemeinsamen Anti-Terror-Operation in dem Land, an der das französische Kontingent beteiligt ist, effektiv verhindert hätten.

Die Vereinbarungen, die nun offiziell von der malischen Regierung aufgekündigt wurden, stammen aus den Jahren 2013/14. Paris hatte 2013 die Opération Serval in Mali begonnen. Ein Jahr später wurde sie durch die größere Opération Barkhane ersetzt, die auf die Bekämpfung von Aufständen in der gesamten Sahelzone abzielte. Diese umfasst neben Mali auch den Tschad, Burkina Faso, Niger und Mauretanien.

Bei der Ankündigung des Truppenabzugs Mitte Februar hatte Präsident Emmanuel Macron gesagt, dass "ein Sieg gegen den Terror nicht möglich ist, wenn er nicht vom Staat selbst unterstützt wird", und deutete damit an, dass die Verantwortlichen in Bamako kein Interesse mehr am Kampf gegen die Islamisten haben. Der französische Staatschef betonte auch, dass er den Rückzug nicht als Eingeständnis des Scheiterns von Paris betrachte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62710701b480cc51421251b4.jpg>

17:00 de.rt.com: **Umfrage: Zustimmung für Waffenlieferungen an Ukraine sinkt**

Die Zustimmung der Bürger zu Waffenlieferungen an die Ukraine ist laut einer Umfrage gesunken. Im neuen RTL/ntv-Trendbarometer sprachen sich 46 Prozent der Befragten für eine Lieferung von Offensivwaffen und schwerem Gerät durch Deutschland aus. Anfang April waren es noch 55 Prozent, wie aus den am Dienstag veröffentlichten Daten des Meinungsforschungsinstituts Forsa hervorgeht. Demgegenüber ist der Anteil der Bundesbürger, die sich generell gegen eine solche Lieferung aussprechen, gestiegen: von 33 auf 44 Prozent.

Mehrheitlich abgelehnt werden Waffenlieferungen der Studie zufolge von den Ostdeutschen (57 Prozent), den Anhängern der Linkspartei (56 Prozent) und vor allem der AfD (88 Prozent).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62714102b480cc25f57556c0.jpg>

17:26 de.rt.com: **Berliner Senat beteiligt sich nicht an Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung am 8. und 9. Mai**

Zum 77. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nazismus am 8. Mai werden offiziell keine Mitglieder des Berliner Senats an Gedenkveranstaltungen teilnehmen. Der Fokus der Sicherheitsbehörden liege am 8. und 9. Mai bei der Sicherung von Gedenkstätten und symbolträchtigen Orten.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) teilte mit, der Senat werde auf eine Beteiligung an offiziellen Gedenkveranstaltungen verzichten, so die Ankündigung auf der Senats-[Presseveranstaltung](#) am 3. Mai. Sie kündigte demnach ein "stilles Gedenken" an, mit der Begründung, dass dadurch vermieden wird, "Situationen zu provozieren, die missverstanden werden könnten". Giffey weiter:

"Die aktuelle Lage ist sehr bedrückend, dem muss auch ein solches Gedenken gerecht werden."

Die Bürgermeisterin möchte jedoch am 8. Mai "als Zeichen der Solidarität mit der ukrainischen Community" an einer Veranstaltung der Gruppe [Leuchtturm Ukraine](#) teilnehmen.

Laut der anwesenden Innensenatorin Iris Spranger (SPD) seien bislang für den 8. Mai 28 Veranstaltungen und für den 9. Mai weitere 17 Veranstaltungen angemeldet worden. Der Tagesspiegel [berichtet](#), dass laut Senatsangaben dabei der Fokus der Sicherheitsbehörden darauf liegen werde, "russische und ukrainische Gedenkstätten und symbolträchtige Orte zu sichern". Die [Recherche](#) ergibt, dass die Bundeshauptstadt bis dato keinen Ort oder eine dementsprechende Gedenkstätte führt, die alleinig den Menschen, also Opfern der Ukraine gewidmet ist. Andrij Melnyk, Botschafter der Ukraine in Deutschland, [forderte](#) laut dem MDR im November 2020 "einen zentralen Gedenkort für die ukrainischen Opfer des Nationalsozialismus in Berlin". Innensenatorin Spranger betonte auf der [Pressekonferenz](#) zu der "Sensibilität" an beiden Gedenktagen:

"Aber auch hier möchte ich eines ganz klar sagen, dass bei allen Veranstaltungen und Versammlungen die stattfinden, jede Aktion, jede Darstellung oder andere Form der Billigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine selbstverständlich konsequent unterbunden und strafrechtlich verfolgt wird."

Diesbezüglich würde die Versammlungsbehörde noch entsprechende Auflagen mitteilen. Diese werden denen ähneln, die für den ursprünglich am 24. April geplanten pro-russischen Autokorso in Berlin verordnet wurden, der aufgrund angekündigter Gegenveranstaltungen [nicht stattfand](#). Dazu gehört das "Untersagen des Hupens" oder "das Kontingentieren von russischen Flaggen, um somit den Eindruck eines Fahnenmeeres, und damit eine einschüchternde Wirkung zu verhindern", so Spranger während der Pressekonferenz. Zudem

sei das vom Senat ausgesprochene Verbot, jegliche Z-Zeichen mit sich zu führen, "genauso wie das V, dann mit in den Auflagen enthalten".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62712311b480cc261e60ce93.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 3. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben ein Faseroptikkabel in Mariupol repariert.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparaturen an den Hochspannungsleitungen Asowskaja - Starokrymskaja Nr. 1 und Asowskaja - Starokrymskaja Nr. 2 vorgenommen. In Olginka wurden 350 Meter Leitung wiederhergestellt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 500 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10.152 humanitäre Pakete ausgegeben.

In Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje und Mangusch hat das Kohle- und Energieministerium der DVR Treibstoffverkaufsstellen organisiert.

Flüssiggas wurde nach Startschenkowo – 24 Flaschen – und Sartana - 40 Flaschen – geliefert.

Die Reparaturarbeiten und die Inbetriebnahme der Gasanschlüsse für Verbraucher in Wolnowacha gemäß deren Anträge gehen weiter. In Talakowka gehen die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser und 2 Tonnen Brot geliefert und die Verteilung organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein

aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die unten genannten Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:34 de.rt.com: **Neue EU-Sanktionen gegen Russland sollen Ölindustrie betreffen**

Die neuen EU-Sanktionen gegen Russland werden nach Angaben des Außenbeauftragten Josep Borrell die Ölindustrie betreffen sowie weitere Banken des Landes. Zudem richteten sich die Strafmaßnahmen gegen Verantwortliche für "Desinformation", teilt Borrell in einem Tweet mit. Der Vorschlag der EU-Kommission für das mittlerweile sechste Sanktionspaket gegen Russland werde den 27 Mitgliedstaaten zur Zustimmung vorgelegt.

abends:

18:06 de.rt.com: **US-Verteidigungsminister Austin rechnet mit weiterer Eskalation in der Ukraine**

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hält eine weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine für denkbar. Es gebe mehrere Dinge, die der russische Präsident Wladimir Putin zur Eskalation tun könne, sagte Austin am Dienstag bei einer Anhörung im US-Senat auf eine entsprechende Frage. Dazu gehöre beispielsweise eine größere Cyber-Attacke oder der Einsatz von chemischen oder biologischen Waffen. Und schon jetzt sei "Putins Vorgehen – mit Angriffen auf die Zivilbevölkerung, der Zerstörung von Städten und Dörfern und wahllosen Attacken – eine Eskalation".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6271545ab480cc24d77f9f5b.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 3.5.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden ein Wohnhaus und 2 zivile Infrastrukturobjekte beschädigt. Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 28 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, einen Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und ein Feldartillerielager wurden erobert.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in den letzten 24 Stunden drei Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 12 verletzt wurden.**

18:45 de.rt.com: **Krieg in der Ukraine: Macron spricht mit Putin über Mariupol**

Erstmals seit Ende März hat Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron mit Russlands Präsident Wladimir Putin zum Krieg in der Ukraine telefoniert. Das Gespräch am Dienstag habe mehr als zwei Stunden gedauert, hieß es aus dem französischen Präsidialamt. Macron forderte Putin demnach auf, "diesen zerstörerischen Angriff" zu beenden. Er habe erneut auf eine Waffenruhe gedrängt und zudem seine große Sorge über die Lage im Donbass und in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol zum Ausdruck gebracht.

Der Kreml teilte seinerseits mit, Putin habe Macron über die Befreiung Mariupols durch russische Truppen informiert, und auch über die erfolgreiche Evakuierung von Zivilisten aus dem belagerten Stahlwerk Asow-Stahl. Aus Paris hieß es, Macron habe Russland dazu aufgerufen, den Evakuierten entsprechend internationalem Recht freie Wahl über ihren Zielort zu lassen.

Zu dem Telefonat mit Macron teilte der Kreml weiter mit, Putin habe beklagt, dass die europäischen Länder den ukrainischen Beschuss von Ortschaften im Donbass ignorierten. Der Westen hätte den Tod von Zivilisten etwa durch das Einstellen von Waffenlieferungen vermeiden können, hieß es. Moskau wirft Kiew immer wieder Angriffe gegen Zivilisten vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6271594748fbef098a39fdb6.jpg>